Peter Mehl[1], Diana Meschter[1], Stefan Neumeier[1] und Torsten Osigus[1]:

Aufnahme und Integration von Geflüchteten: Wo liegen die Spezifika und die größten Herausforderungen für ländliche Räume? – Impulsreferat –

1 „Flüchtlinge aufs Land!“?

Der starke Anstieg humanitär veranlasster Migration in Deutschland seit 2015 wird in Politik und Öffentlichkeit nicht nur als Herausforderung, sondern teilweise auch als Chance wahrgenommen. Zunehmend in den Blick genommen werden in diesem Zusammenhang die Aufnahme- und Integrationspotenziale der ländlichen Räume. Dabei geht es nicht allein um die Entlastung urbaner Räume, sondern auch um positive Effekte, die der Flüchtlingszuzug für schrumpfende ländliche Regionen in Deutschland bieten könnte (vgl. z. B. Siegert et al. 2015). Manche Diskussionsbeiträge gehen so weit, ländlichen Räumen generell eine bessere Eignung für die Integration von Geflüchteten[2] (Integrationspotenzial) zu attestieren als urbanen Räumen und daraus die plakative Forderung „Flüchtlinge aufs Land!“ abzuleiten (empirica 2015a, b, 2016).

Diese öffentliche Debatte zur Integration von Geflüchteten im ländlichen Raum ist insofern positiv zu bewerten, als die bisherige Integrations- und Migrationsforschung in Deutschland sich bis auf wenige Ausnahmen (Schader-Stiftung 2011 und 2014; Alisch und May, 2011) auf urbane Räume konzentrierte. Bezogen auf die ländlichen Räume wurden allerdings die wenigen wissenschaftlichen Untersuchungen von der aktuellen öffentlichen Diskussion überwiegend ignoriert. Viele der in der Öffentlichkeit breit rezipierten Beiträge stellen „den ländlichen Raum“ klischeehaft dar und werden daher der Vielfalt ländlicher Räume in Deutschland nicht gerecht (neuere Ausnahmen: Aumüller und Gesemann 2016; Böttcher 2016). Der öffentliche Diskurs zur Frage, ob und wie die Aufnahme und Integration in ländlichen Räumen gelingen kann, wird dadurch von empirisch i. d. R. wenig gesicherten Analysen und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen bestimmt.

Ziel dieses Beitrags ist es, die Spezifika und größten Herausforderungen bei der Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen auf der Grundlage eigener, empirisch gesicherter Untersuchungen zu beleuchten. Hierfür skizzieren wir im Folgenden zunächst die grundlegenden Dimensionen, Akteure und Handlungsfelder bei der Integration von Geflüchteten. Anschließend wird die Heterogenität der Integrationspotenziale ländlicher Regionen in Deutschland umrissen. Grundlage hierfür sind zwei Working Paper aus dem Thünen-Institut (Küpper, 2016; Plankl et al.,

---

1 Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig

2 Der Begriff „Geflüchtete“ umfasst Asylsuchende vor formalem Beginn des Asylverfahrens, Asylbewerber/innen im Verfahren mit Aufenthaltsgestattung, anerkannte Flüchtlinge / subsidiär Schutzberechtigte mit Aufenthaltserlaubnis sowie Geduldete. Eingeführte Wortkombinationen, wie „Flüchtlingszahlen“, „Flüchtlingshilfe“ oder „Flüchtlingspolitik“, werden ebenfalls in diesem breiten Sinne verwendet.

2016), die sich detailliert mit der Typisierung ländlicher Räume in Deutschland befassen und die indikatorengestützt das regional unterschiedliche Integrationspotenzial in Deutschland auf Landkreisebene erfassen. Auf diese deutschlandweite Betrachtung folgt die Darstellung erster Ergebnisse einer Pilotstudie aus dem Landkreis Wolfenbüttel, die die dortige Flüchtlingshilfe- und -integrationspolitik zum Gegenstand hat. Die Ergebnisse belegen die recht unterschiedlichen Bedingungen auch innerhalb eines ländlichen Landkreises und zeigen exemplarisch, welche Faktoren sich dort als problematisch und welche sich als hilfreich bei der Aufnahme von Geflüchteten und den ersten Schritten zu deren Integration erwiesen haben.

2 Dimensionen und Akteure der Integration von Geflüchteten

Integration wird hier als ein mehrdimensionaler Prozess zwischen Aufnahmegesellschaft und den Migranten verstanden, der zu einer „möglichst chancengleichen Teilhabe aller an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“ führt (SVR 2016). Fluchtmigration unterscheidet sich von anderen Formen der Migration. Zum einen unterliegt sie besonderen rechtlichen Bedingungen: Ein dauerhaftes Bleiberecht im Aufnahmeland ist erst nach einiger Zeit und der Bewältigung rechtlicher Hürden gesichert. Geflüchtete können ihren Wohnort in Deutschland während des Asylverfahrens und seit Inkrafttreten des Integrationsgesetzes 2016 auch mit der Zuerkennung eines Aufenthaltstitels nicht frei wählen. Zum anderen ist Fluchtmigration primär davon bestimmt, Bürgerkrieg und politischer Verfolgung zu entkommen, nicht selten unter gefährlichen und belastenden Umständen. Daher ist anzunehmen, dass die Überlegung, ob und wo sie in Deutschland langfristig Fuß fassen werden, kaum im Vordergrund der aus ihrer Heimat geflüchteten Menschen steht. Fluchtmigration unterliegt mithin besonderen, die Integration von Geflüchteten in die Aufnahmegesellschaft eher erschwerenden Ausgangsbedingungen.

Bei den Integrationsbedingungen unterscheiden wir vier grundlegende Dimensionen, die in den einzelnen Teilen dieses Workshops thematisiert werden:

(1) Integration findet vor Ort, in der lokalen Gesellschaft, statt, so dass einmal die strukturellen Rahmenbedingungen dort maßgeblich sind.

(2) Da Integration lokal stattfindet, sind die Einstellungen der Menschen vor Ort für den Integrationsprozess ebenso relevant wie die Sichtweise der Geflüchteten bzw. deren Präferenzen, Potenziale, Erwartungen, Einstellungen und Handlungen (Geflüchtetenperspektive) im Hinblick auf die aufnehmende Gesellschaft. Beide Dimensionen werden in den Teilen II und IV dieses Workshops ausführlich thematisiert. Besonders über die Ausgangsbedingungen und die Perspektive der aufgenommenen Menschen und die Frage, welche Faktoren ihren Integrationswillen und ihr Integrationspotenzial bestimmen und wie dieses positiv beeinflusst werden kann, ist im Zusammenhang mit der jüngsten Fluchtmigration noch wenig bekannt.

(3) Als weitere Dimension sind die von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft getragenen Aktivitäten zur Förderung dieser Prozesse (Integrationspolitiken) maßgeblich. Diese werden

in Teil III unseres Workshops thematisiert. Wie bereits oben erwähnt, findet Integrationspolitik in erster Linie auf kommunaler Ebene statt. Diese wird jedoch im Bereich der Flüchtlingshilfe und -integration stark von den Entscheidungen anderer politischer Ebenen beeinflusst. Kommunen sind dennoch zentraler Ort von Integrationsprozessen und sie haben erheblichen Spielraum bei deren Ausgestaltung (siehe hierzu die Beiträge in Teil IV).

3 Heterogenität ländlicher Räume und deren Integrationspotenziale

Aussagen zu Integrationspotenzialen ländlicher Regionen in Deutschland müssen deren Heterogenität berücksichtigen.

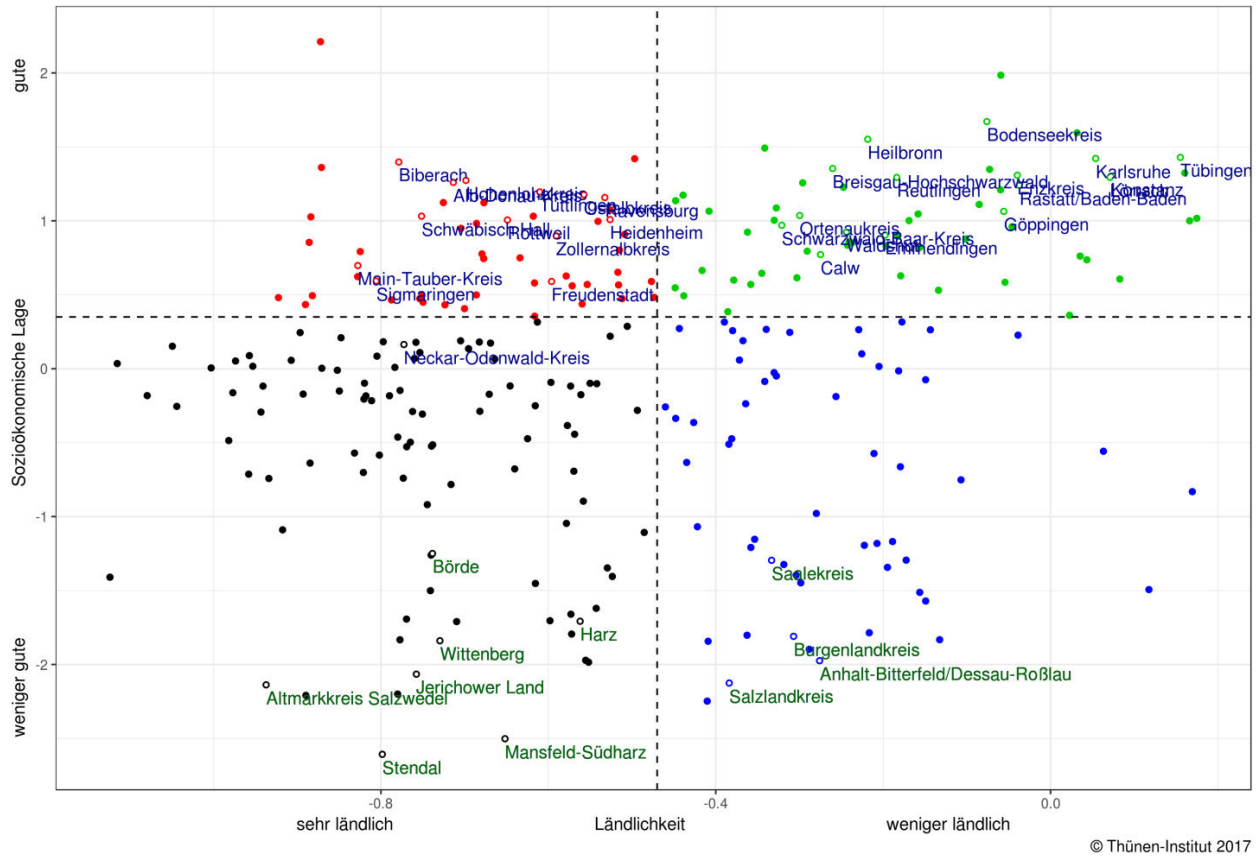
3.1 Typisierung ländlicher Räume in Deutschland

Die Vielfalt ländlicher Räume in Deutschland zeigt das vom Thünen-Institut erstellte Working Paper zur „Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume“ (vgl. Küpper, 2016): Ländliche Räume in Deutschland werden indikatorengestützt auf der Ebene von Kreisregionen anhand der beiden Dimensionen Ländlichkeit und sozioökonomische Lage eingeordnet und typisiert. Der Typisierung liegt ein Verständnis ländlicher Räume als Regionen mit einer geringen Siedlungsdichte und Einwohnerzahl im Umfeld der Region, einer lockeren Wohnbebauung und einem relativ hohen Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche sowie einer Randlage zu großen Zentren zugrunde. Konkret nimmt die Thünen-Typologie die Abgrenzung auf der Ebene der Kreisregionen anhand folgender Indikatoren vor, die mittels des statistischen Verfahrens der Faktoranalyse zu einem Index verknüpft werden: Siedlungsdichte 2013, Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Fläche an der Gesamtfläche 2013, Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an allen Wohngebäuden 2013, regionales Bevölkerungspotenzial 2011/2016, Erreichbarkeit großer Zentren 2014/2015/2016. Die Thünen-Typologie ländlicher Räume geht somit über eine einfache Stadt-Land-Dichotomie und eine eindimensionale Klassifizierung hinaus.

Als weitere Dimension zur Typisierung wird neben der Ländlichkeit die Dimension sozioökonomische Lage verwendet, um die ländlichen Regionen in solche mit guter und weniger guter sozioökonomischer Lage auszudifferenzieren. Dabei werden anhand von Indikatoren aus den für die Lebensverhältnisse zentralen Bereichen Einkommen, Beschäftigung, Gesundheit, Bildung, Wohnen ein Index „sozioökonomische Lage“ gebildet und die Kreisregionen in Deutschland entsprechend klassifiziert (zum Vorgehen im Einzelnen vgl. Küpper 2016). Im Ergebnis werden 155 der 267 ländlichen Kreisregionen in die Kategorie „weniger gute sozioökonomische Lage“ eingeordnet, während 112 Kreisregionen eine „gute sozioökonomische Lage“ zugewiesen wird. Abbildung 1 zeigt die Verteilung der ländlichen Kreisregionen in den Bundesländern Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt nach diesen beiden Dimensionen. Sie macht anschaulich, dass ländliche Räume in Deutschland sehr unterschiedliche sozioökonomische Bedingungen aufweisen und dass der Grad der Ländlichkeit keineswegs automatisch mit einer sozioökonomischen Problemlage

einhergeht. So liegen etwa die Landkreise Stendal und Sigmaringen oder die Landkreise Jerichower Land und Biberach im Hinblick auf die Dimension Ländlichkeit dicht beieinander, im Hinblick auf die Dimension sozioökonomische Lage unterscheiden sich die Landkreise in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt dagegen sehr stark.

Abbildung 1: Ländlichkeit und sozioökonomische Lage der ländlichen Landkreise in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg im Vergleich



Quelle: Darstellung von Torsten Osigus auf der Grundlage von Küpper (2016).

Gegenwärtig werden Asylbewerber in Deutschland nach Einwohnerzahl und Steueraufkommen auf die Bundesländer verteilt. Die weitere regionale Verteilung durch die Länder auf die Landkreise und kreisfreien Städte erfolgt nach landesspezifischen Quotierungsverfahren, bei denen im Regelfall die Einwohnerzahlen maßgeblich sind, teilweise auch die Fläche (Brandenburg und Nordrhein-Westfalen) und in Hessen fließt auch der Ausländeranteil ein (vgl. SVR, 2016, Anhang 1, S. 38). Es besteht allerdings weithin Konsens darüber, dass die Einwohnerzahl (und das Steueraufkommen) wenig über die Aufnahmeeignung der Bundesländer, kreisfreien Städte und Landkreise und deren Integrationspotenzial aussagen. Als wichtige Faktoren für das Integrationspotential von Kommunen nennt z. B. ein für die Bosch-Stiftung angefertigtes Gutachten von Geis und Orth (2016) aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) die folgenden Bereiche: Verfügbarkeit von geeignetem Wohnraum, Verfügbarkeit von medizinischer Versorgung, sozialer Be-

treuung und weiteren Versorgungsleistungen, wirtschaftliche Lage der Kommunen, die Lage am Arbeitsmarkt sowie verfügbare Kapazitäten im Bildungssystem.

3.2 Indikatorengestützte Aussagen zu Integrationspotenzialen auf Landkreisebene

In einem weiteren Working Paper des Thünen-Instituts wurde ein Beitrag zu dieser Diskussion geleistet, bei welchem zusätzlich zu den von Geis und Orth (2016) genannten Faktoren weitere, aus unserer Sicht integrationsrelevante Bereiche berücksichtigt wurden, die insbesondere auch aus der Sicht von Kommunen in ländlichen Räumen wichtig erscheinen (vgl. Plankl et al., 2016).

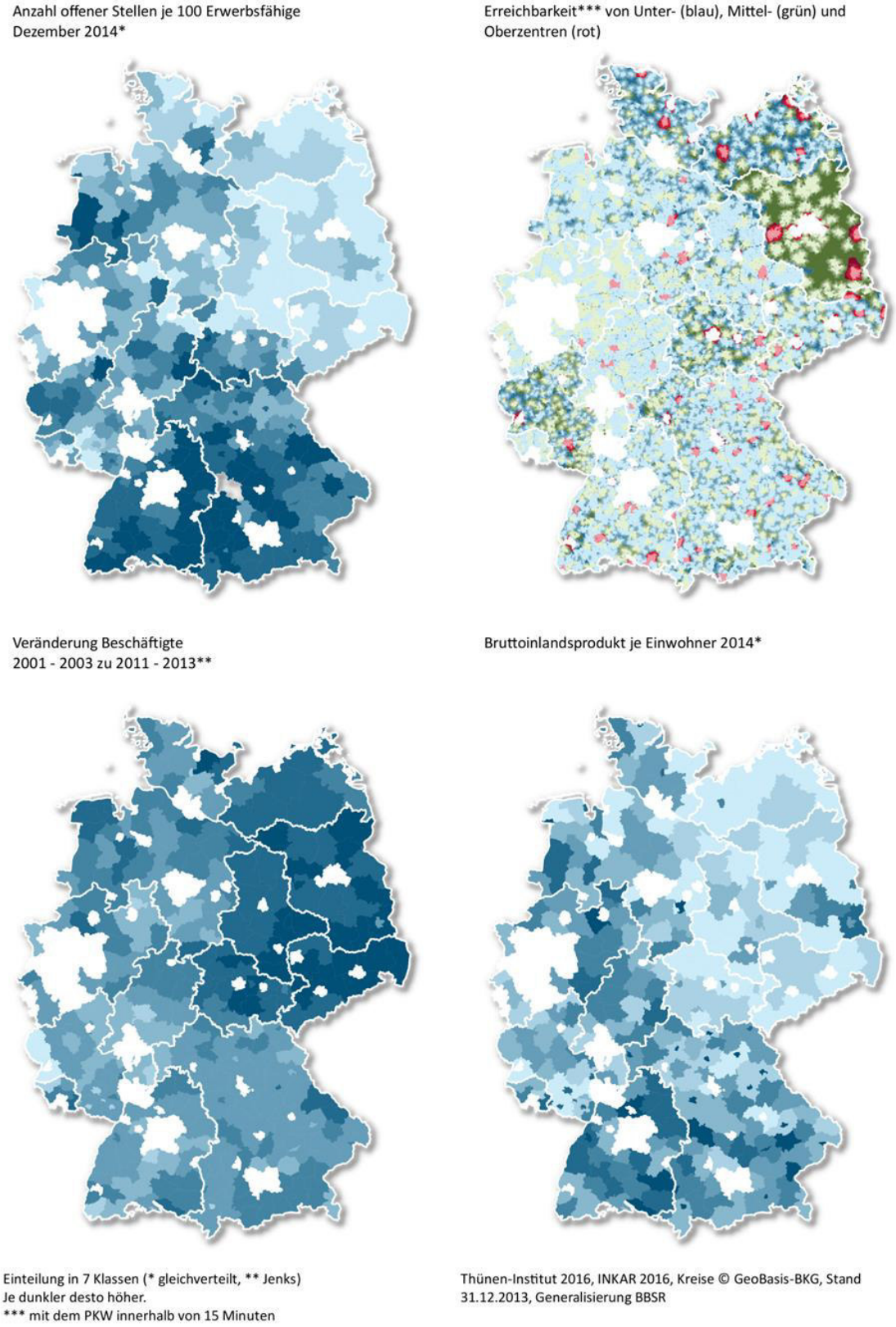
Dabei wurden Daten aus insgesamt sieben integrationsrelevanten Bereichen auf Landkreisebene erfasst und die Unterschiede in den Integrationspotenzialen auf der Grundlage von 16 Indikatoren in Kartenform für Deutschland dargestellt. Im Einzelnen berücksichtigt werden dabei die Bereiche Arbeitsmarkt, Wohlstand, Wohnungsmarkt, demografischer Handlungsbedarf und Daseinsvorsorge, Zentralität und Erreichbarkeit, Reaktionen aus der Gesellschaft auf die Flüchtlingskrise sowie bestehender Integrationsbedarf. Die bei Plankl et al. (2016) verwendeten 16 Indikatoren liefern eine differenzierte Darstellung auf Landkreisebene in den einzelnen – hier als integrationsrelevant angenommenen – Bereichen.

Im Folgenden wird eine Auswahl von acht der verwendeten Indikatoren erläutert und die Ergebnisse auf Landkreisebene in Kartenform dargestellt (vgl. Abbildungen 2-1 und 2-2) und kurz umrissen, um zu verdeutlichen, wie differenziert und verschieden die strukturellen Rahmenbedingungen in Deutschland sind[3].

---

3 Für eine umfassende Darstellung der strukturellen Unterschiede ländlicher Kreisregionen in Deutschland vgl. www.landatlas.de

Abbildung 2-1: **Auswahl integrationsrelevanter Indikatoren in Deutschland auf Landkreisebene (1)**



Quelle: Darstellung von Torsten Osigus auf der Grundlage von Plankl et al. (2016).

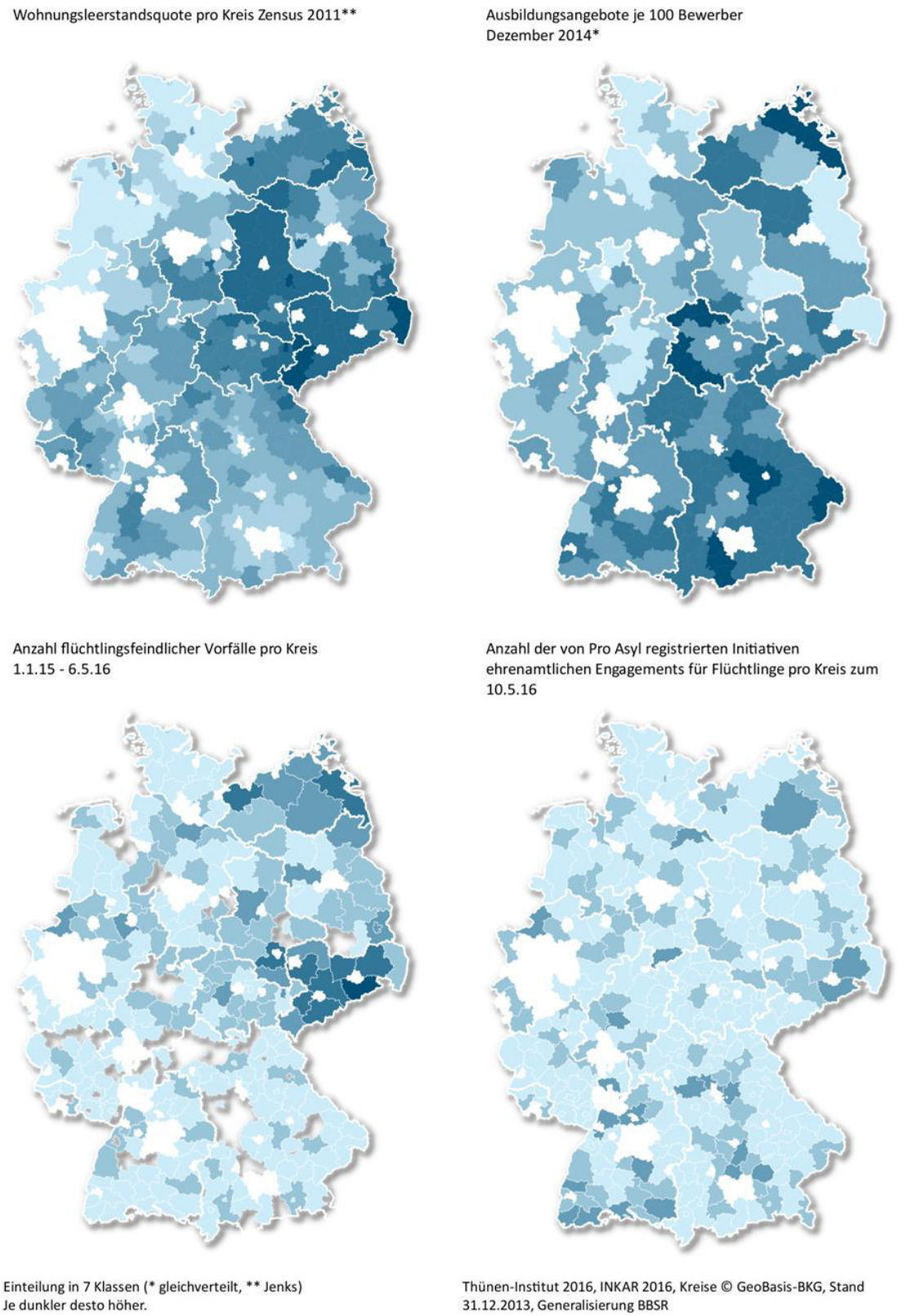
- Der **Indikator gemeldete erwerbsfähige Personen je offene Stellen** zeigt regionale Unterschiede bei den Beschäftigungsmöglichkeiten, auch für arbeitssuchende Asylbewerber und Flüchtlinge. Relativ gute Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen demnach nahezu flächendeckend in Bayern und Baden-Württemberg, um Hamburg und im Südwesten von Niedersachsen sowie in Teilen von Hessen und Rheinland-Pfalz. Regionen mit relativ schlechteren Arbeitsmarktbedingungen liegen im Norden von Schleswig-Holstein, in großen Teilen Nordrhein-Westfalens sowie in einem Streifen zwischen Lippe und Werra-Meißner-Kreis sowie um den Landkreis Kusel in Rheinlandpfalz. Mit Ausnahme von Thüringen und dem Vogtlandkreis sind die Bedingungen in den neuen Bundesländern größtenteils ungünstig. Positiver ist die Situation in den Landkreisen der neuen Bundesländer, die an die alten Länder angrenzen.

- Für eine gelungene Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen sind gut erreichbare Verwaltungs- und Versorgungsinfrastrukturen notwendig. Der **Indikator Erreichbarkeit der nächsten Unter-, Mittel- oder Oberzentren** gibt einen Hinweis darauf, in welchen Regionen Versorgungsinfrastrukturen eher leichter (hellere Farbtöne) oder eher schwerer (dunklere Farbtöne) zu erreichen sind. Die Zentralitätsstufe (Unterzentrum blau, Mittelzentrum grün, Oberzentrum rot) gibt zudem einen Hinweis über die Qualität der Ausstattung des jeweils nächsten erreichbaren Zentralen-Ortes. Dabei gilt i. d. R., je höher die Zentralitätsstufe des nächsten Zentralen-Ortes ist, desto mehr Verwaltungs- und Versorgungsinfrastrukturen werden angeboten. Die Karte zeigt vergleichsweise ungünstige Median-Erreichbarkeiten v. a. in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Rheinland-Pfalz, eher gute Median-Erreichbarkeit findet man dagegen in Hessen und Nordrhein-Westfalen.

- Mit Hilfe des **Indikators Veränderung Beschäftigte 2001-2003 zu 2011-2013** lässt sich die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt beschreiben. Es kann zwischen wachsenden (dunkelblau) und schrumpfenden Regionen (hellblau) unterschieden werden. Durch den Dreijahresdurchschnitt in der Ausgangs- und Endsituation werden jährliche Schwankungen geglättet. In den neuen Bundesländern liegen die dynamischsten Landkreise im Umland von Berlin, in Leipzig, Dresden und Jena. Im Norden der alten Bundesländer sind insbesondere das Emsland, die Region um Hamburg sowie Wolfsburg, im Süden sind die Südpfalz, an Frankfurt/M. angrenzende Landkreise sowie der Süden Bayerns und die Region um Erlangen dynamisch. Landkreise mit eher geringerer Dynamik finden sich in allen neuen Bundesländern. Auch hier grenzen sie teilweise unmittelbar an Landkreise mit hoher wirtschaftlicher Dynamik an.

- Der **Indikator Bruttoinlandsprodukt je Einwohner** 2014 misst die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kreise. Die Karte zeigt, dass Kreise mit niedrigem BIP pro Einwohner (hellblau) sich in der Mehrzahl in den neuen Bundesländern, an der Küste von Schleswig-Holstein sowie in Rheinland-Pfalz und z. B. Nordbayern finden. Ein hohes BIP pro Einwohner (dunkelblau) als Kennzeichen für eine starke und produktive Wirtschaft findet sich v. a. in Kreisen in Baden-Württemberg, Hessen, Südbayern und Nordrhein-Westfalen.

Abbildung 2-2: Auswahl integrationsrelevanter Indikatoren in Deutschland auf Landkreisebene (2)



Quelle: Darstellung von Torsten Osigus auf der Grundlage von Plankl et al. (2016).

- Die **Wohnungsleerstandsquote** gibt Hinweise auf das Ausmaß leerstehenden Wohnraums, der möglicherweise bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden kann. Wohnungsleerstand (dunkelblau) ist gehäuft in den neuen Bundesländern zu beobachten. In den alten Bundesländern sind insbesondere die Harzregion, der Norden und Nordosten Bayerns, das Saarland und Teile von Rheinland-Pfalz betroffen. Wenig Leerstand (hellblau) gibt es v. a. im Norden der westlichen Bundesländer, in der Region südlich des Ruhrgebiets sowie in den Großräumen Frankfurt, München und Nürnberg.
- Der **Indikator Ausbildungsangebot je 100 Bewerber** gibt Hinweise darauf, in welchen Regionen Flüchtlinge leichter einen Ausbildungsplatz bekommen könnten. Relativ günstig stellt sich das Ausbildungsplatzangebot in den dunkelblauen Kreisen, v. a. in Bayern, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern dar, eher ungünstig in den hellblauen Kreisen. Insbesondere in den neuen Bundesländern liegen Kreise mit eher gutem und solche mit eher schlechtem Ausbildungsplatzangebot teilweise in unmittelbarer Nachbarschaft. In den alten Bundesländern ist das intraregionale Verteilungsbild deutlich homogener.
- Der **Indikator Anzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle pro Kreis** 1.1.2015 - 6.5.2016 zeigt die Häufigkeit der von der Organisation „Mut-gegen-rechte-Gewalt.de“ registrierten flüchtlingsfeindlichen Vorfälle auf Basis der Kreise. Das vermehrte Auftreten solcher Vorfälle (dunkelblau) in einer Region kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass dort Teile der Bevölkerung gegenüber von Migranten und Flüchtlingen eine besonders ablehnende Haltung einnehmen. Sowohl auf Kreis- wie auf Gemeindeebene zeigen sich Schwerpunkte in allen neuen Bundesländern sowie Hamburg und Nordrhein-Westfalen.
- Umgekehrt zeigt der Indikator **Anzahl der von Pro-Asyl Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge** pro Kreis zum 10.5.1016 die Häufigkeit der von der Organisation „Pro-Asyl“ registrierten Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge auf Basis der Kreise. Das vermehrte Auftreten solcher ehrenamtlichen Initiativen (dunkelblau) in einer Region kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass dort Teile der Bevölkerung Flüchtlingen besonders positiv begegnen. Eine regionale Häufung von Gemeinden mit entsprechenden Initiativen zeigt sich in Nordrhein-Westfalen, München inkl. Umland, Stuttgart sowie in Südhessen und im Norden von Baden-Württemberg. Der Vergleich mit dem zuletzt genannten Indikator zeigt, dass gerade in Regionen, in denen vergleichsweise viele flüchtlingsfeindliche Vorfälle zu verzeichnen sind, auch etliche Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Geflüchtete existieren.

Aus Platzgründen kann hier nicht ausführlicher auf die Ergebnisse einzelner Indikatoren eingegangen werden. Ein wesentliches Ergebnis der o. g. Studie von Plankl et al. (2016) ist, dass die Heterogenität ländlicher Räume in Deutschland bei allen 16 herangezogenen integrationsrelevanten Indikatoren bestätigt wird. Vom Integrationspotenzial ***des*** ländlichen Raumes zu sprechen, erscheint demzufolge nicht sinnvoll. Der im Working Paper von Plankl et al. (2016) an mehreren Stellen gezogene Vergleich zu den Karten des empirica-Instituts (2016) belegt außerdem, dass die

jeweiligen Ergebnisse stark vom gewählten Indikator (Beispiel Arbeitslose je Beschäftigte oder je Erwerbsfähige) sowie von der Anzahl und dem Zuschnitt der gebildeten Klassen und der räumlichen Bezugsebene abhängen. Mit der Entscheidung für die jeweilige Variante wird erheblicher Einfluss auf das dargestellte Ergebnis und die daraus möglicherweise abgeleiteten Empfehlungen genommen. Noch schwieriger zu lösen erwies sich das Problem, die jeweiligen Indices zu gewichten. Daher wurde auch auf eine Aggregation der Indikatoren zu einem Gesamtbild (Karte der Integrationspotenziale) bewusst verzichtet.

Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass die Aussagekraft von Durchschnittswerten auf Kreisebene begrenzt ist, weil diese die Heterogenität der Verhältnisse innerhalb eines Landkreises nicht adäquat erfassen. So ist zum Beispiel verfügbarer Wohnraum auf Kreisebene bei großen Flächenkreisen nur ein bedingt hilfreicher Indikator. Ebenso erfassen Arbeitsmarktindikatoren auf Kreisebene die jeweilige Situation nur unzureichend, weil Teile von Landkreisen etwa in der Nähe von Ballungszentren sehr viel günstigere Rahmenbedingen im Hinblick auf Beschäftigungsmöglichkeiten bieten können (Auspendlerlandkreise) als peripherer gelegene Orte im Kreis mit weniger guter Verkehrsanbindung bzw. schlechterer Erreichbarkeit mit dem ÖPNV. Mit den o. g. Indikatoren ausgeblendet bleibt die Perspektive der aufgenommenen Menschen und die Frage, welche Faktoren ihren Integrationswillen und ihr Integrationspotenzial positiv beeinflussen (siehe hierzu die Beiträge in Teil II).

4 Pilotstudie zur Integration von Geflüchteten im Landkreis Wolfenbüttel

Da Integration vor Ort stattfindet, ist es unbedingt erforderlich, Integration auch auf der kommunalen Ebene zu untersuchen. Untersuchungsraum einer entsprechenden Pilotstudie des Thünen-Instituts ist der Landkreis Wolfenbüttel in Niedersachsen, der im Hinblick auf Ländlichkeit und sozioökonomische Bedingungen bezogen auf Deutschland durchschnittliche Werte aufweist (vgl. Küpper, 2016). Der Landkreis Wolfenbüttel bietet sich auch wegen seiner heterogenen Struktur an. Dadurch kann untersucht werden, ob und wie sich die unterschiedlichen Bedingungen in der Mittelstadt Wolfenbüttel, den kleineren Gemeinden im Einzugsbereich von Braunschweig und Wolfsburg und den kleineren, strukturschwächeren Gemeinden an der süd-östlichen Peripherie des Landkreises auswirken. Parallel zum Abschluss der Pilotstudie im Landkreis Wolfenbüttel werden weitere ländliche Landkreise unterschiedlicher Typen in verschiedenen Bundesländern vergleichend analysiert[4].

Inhaltlich konzentriert sich die Pilotstudie zum Landkreis Wolfenbüttel auf die Aufnahme und Unterbringung der Geflüchteten, auf Sprachförderung und Aktivitätsmanagement sowie auf die

4 Eine solche Studie zum Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt wird von Diana Meschter, Thünen-Institut für Ländliche Räume, durchgeführt.

ersten Schritte zur Arbeitsintegration. Institutionell-prozedural wird das Zusammenwirken zwischen den Gemeinden und der Kreisverwaltung sowie zwischen Politik, Verwaltung, den Wohlfahrtsverbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren untersucht. Dabei hat es sich als schwierig und herausfordernd erwiesen, die tatsächlichen Wirkungen der vielfältigen Aktivitäten der genannten Akteure im Sinne eines Policy Impact zu erfassen. Die Pilotstudie basiert auf Dokumentenanalysen und der Befragung von Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden und der Zivilgesellschaft, die im Moment ausgewertet werden. Die folgenden Aussagen sind deshalb erste, vorläufige Ergebnisse. Diese bestätigen einige der aus der Forschung bekannten spezifischen Strukturmerkmale für eine Integration von Migranten in ländlichen Räumen (einen guten Überblick geben Bolte und Kirchhoff, 2015). Sie erweitern diese aber insofern, als dass nicht nur die Mittelstadt Wolfenbüttel, sondern auch die kleineren Gemeinden und Samtgemeinden unterhalb der Kleinstadtebene im Landkreis einbezogen wurden und explizit nur die Gruppe der Geflüchteten und nicht auch andere Migrantengruppen untersucht werden.

Aufnahme und Unterbringung

Zum Stichtag im Herbst 2016 befanden sich im Landkreis Wolfenbüttel 1.875 Asylsuchende aus 45 Ländern, die in etwa proportional zur Einwohnerzahl auf die kreiseigenen Kommunen verteilt wurden. Davon ist etwa ein Drittel unter 18 Jahre alt; 43 Prozent stammen aus den fünf Staaten mit hoher Anerkennungsquote (Eritrea, Irak, Iran, Somalia und Syrien). Nach dem Aufnahmegesetz sind Landkreise und kreisfreie Städte zuständig für die Aufnahme und Unterbringung der dem Land Niedersachsen zugewiesenen Geflüchteten. Der Landkreis Wolfenbüttel hat diese Aufgabe per Vertrag und gegen Kostenerstattung auf die Stadt Wolfenbüttel und die weiteren Gemeinden und Samtgemeinden im Kreis übertragen. Zusätzlich zahlt der Landkreis eine Pauschale für die im Zusammenhang mit der Unterbringung entstehenden Kosten sowie Zuschüsse, um den Gemeinden beim Aufbau von Unterstützungsstrukturen für die Geflüchteten zu helfen.

Mit Ausnahme der Kreisstadt Wolfenbüttel ist es in allen Gemeinden gelungen, die Geflüchteten dezentral in Wohnungen unterzubringen, was den ländlichen Räumen vielfach zugeschriebenen Vorteil, über geeigneten Wohnraum zu verfügen, bestätigt. Allerdings ist die Situation innerhalb des Landkreises sehr unterschiedlich. Die Gemeinden im Speckgürtel mit angespannten Wohnungsmärkten (Cremlingen und Sickte) hatten deutlich größere Schwierigkeiten, die ihnen zugewiesenen Geflüchteten unterzubringen als die Gemeinden an der Peripherie des Landkreises, die leerstehende Wohnungen, häufig aus dem Bestand der eigenen Wohnungsbaugesellschaft, nutzen konnten (Samtgemeinde Elm-Asse). Nur in der Mittelstadt Wolfenbüttel, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, müssen Geflüchtete in größeren Gemeinschaftsunterkünften leben: Gegenwärtig leben dort knapp 40 Prozent der Geflüchteten in größeren Gemeinschaftsunterkünften, etwas mehr als 60 Prozent der Geflüchteten sind dezentral in Wohnungen untergebracht. Vorteile dieser dezentralen Unterbringung liegen in der geringen Segregation und den häufigeren Kontakten mit der ortsansässigen Bevölkerung, wie auch die gemeinsame Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und des sozioökonomischen Panels (IAB-BAMF-SOEP-Befragung) von Geflüchteten bestätigt. Diese hat

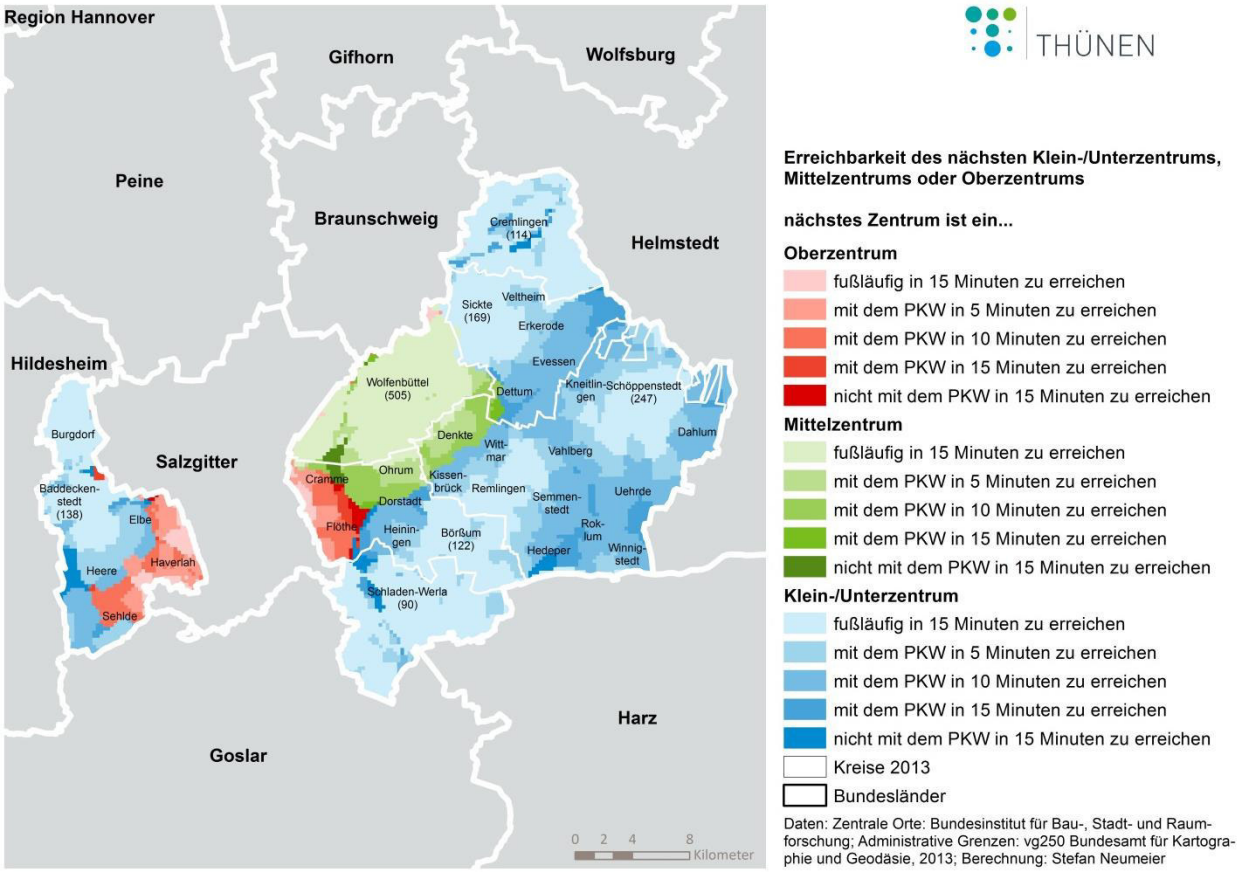
auch ergeben, dass Geflüchtete in kleineren Kommunen etwas häufiger Kontakt zu Deutschen haben als in Großstädten (BAMF, 2016, S. 15).

Infrastruktur und Erreichbarkeit

Der Nachteil einer kreisweiten dezentralen Unterbringung kann in der teilweise fehlenden Infrastruktur vor Ort bzw. der schlechten Erreichbarkeit von wichtigen Einrichtungen liegen. Der Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Gütern des täglichen Bedarfs, zu Begegnungs-, Beratungs- und Bildungseinrichtungen wie der Volkshochschule, zur Ausländerbehörde, Arbeitsagentur und Jobcenter oder zu anderen wichtigen Einrichtungen aus Sicht der Geflüchteten, wie z. B. Gebetsstätten oder Lebensmittelmärkte mit Halal-Produkten, kann sich im Landkreis je nach Unterbringungsort/Wohnort sehr unterschiedlich gestalten. Die Erreichbarkeit integrationsrelevanter Einrichtungen, auch unter Berücksichtigung bestehender ÖPNV-Angebote, ist daher ein wichtiger, gerade für ländliche Räume zentraler Faktor, weil sich die Teilhabechancen von Geflüchteten im Landkreis in Abhängigkeit vom Wohnort sehr ungleich gestalten können. Dies zeigt sich auch im Landkreis Wolfenbüttel. Dort gestaltet sich der Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Gütern des täglichen Bedarfs, zu Begegnungs-, Beratungs- und Bildungseinrichtungen wie der Volkshochschule, zur Ausländerbehörde, Arbeitsagentur und Jobcenter für die Geflüchteten je nach Wohnort sehr unterschiedlich. Die ganz überwiegende Mehrzahl der Behörden und integrationsrelevanten Einrichtungen sind im Mittelzentrum, der Kreisstadt Wolfenbüttel, angesiedelt.

Die folgende Karte 1 veranschaulicht die Erreichbarkeit der zentralen Orte im Landkreises Wolfenbüttel sowie die Anzahl der den Gemeinden zugewiesenen Asylbewerber. Die Karte gibt den Zentralitätsgrad an und ob dieser Zentrale-Ort fußläufig oder nur per PKW erreicht werden kann und mit welchem Zeitaufwand der Ort zu erreichen ist. Der Indikator Erreichbarkeit der nächsten Unter-, Mittel- oder Oberzentren gibt einen Hinweis darauf, in welchen Regionen Versorgungsinfrastrukturen eher leichter (hellere Farbtöne) oder eher schwerer (dunklere Farbtöne) zu erreichen sind. Die Zentralitätsstufe (Unterzentrum blau, Mittelzentrum grün, Oberzentrum rot) gibt zudem einen Hinweis über die Qualität der Ausstattung des jeweils nächsten erreichbaren Zentralen-Ortes. Dabei gilt i. d. R., je höher die Zentralitätsstufe des nächsten Zentralen-Ortes ist, desto mehr Verwaltungs- und Versorgungsinfrastrukturen werden angeboten. Unterzentren decken dabei den Grundbedarf, d. h. die Nahversorgung (Hauptschule, Arzt, Apotheke,…), Mittelzentren den gehobenen und periodischen Bedarf, d. h. Infrastrukturen regionaler Bedeutung (Krankenhäuser, weiterführende Schulen, Arbeitsagenturen, …) und Oberzentrum den höheren spezialisierten Bedarf, d. h. Infrastrukturen überregionaler Bedeutung (Spezialkliniken, Großkaufhäuser, Hochschulen, …). Für die Ausweisung der Zentralen-Orte sind die Länder zuständig, so dass es hier länderspezifische Abweichungen gibt (in Brandenburg werden z. B. keine Unterzentren ausgewiesen). Zusätzlich gibt die Karte an, wie viele Asylbewerber den jeweiligen Gemeinden bzw. Samtgemeinden zum 31.10.2016 zugewiesen waren und wie die von diesen auf die einzelnen Mitgliedsgemeinden bzw. Ortsteile weiterverteilt wurden.

Karte 1: Erreichbarkeit im Landkreis Wolfenbüttel und Anzahl der untergebrachten Geflüchteten auf die kreiseigenen Gemeinden im Landkreis Wolfenbüttel



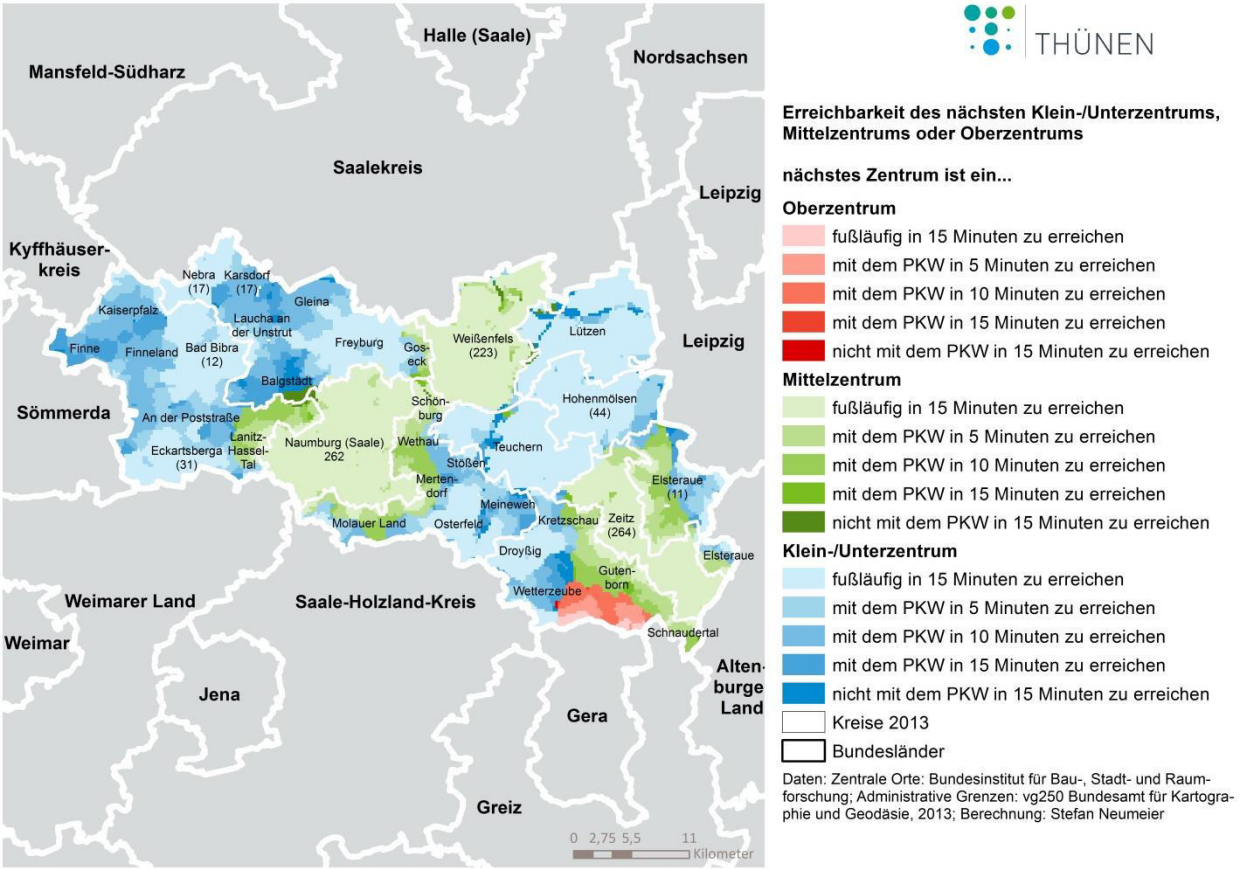
Quelle: Zahlen Stand 1/2017, Landkreis Wolfenbüttel; Karte und Erreichbarkeitsberechnungen: Dr. Stefan Neumeier, Thünen-Institut für Ländliche Räume.

Karte 1 belegt die sehr heterogene Erreichbarkeit von Grund-, Mittel- und Oberzentren im Landkreis Wolfenbüttel. Aus einigen der kreiseigenen Gemeinden sind auch die Großstädte Salzgitter und Braunschweig gut zu erreichen, die noch deutlich mehr und differenziertere Einrichtungen anbieten als das Mittelzentrum Wolfenbüttel. Aus anderen Orten sind sogar die Grundzentren Baddeckenstedt, Remlingen, Schöppenstedt und Schladen nur schwer und mit dem ÖPNV häufig schwer oder gar nicht zu erreichen. Lange Fahrtzeiten und hohe Kosten für die bestehenden ÖPNV-Angebote schränken die Mobilität der Geflüchteten, die in diesen Orten leben, ein. In einigen der betroffenen Orte gibt es ehrenamtliche Fahrdienste, die teilweise von der Gemeinde vergütet werden, ein anderes Modell sind Mitfahrerbänke, wie etwa in der Samtgemeinde Elm-Asse. Wegen der teilweise großen Entfernungen bei schlechtem ÖPNV-Angebot sind der Zugang zu wichtigen Daseinsvorsorgeeinrichtungen und die Teilhabechancen von Geflüchteten im Landkreis in Abhängigkeit vom Wohnort sehr ungleich.

Der Vergleich mit einer entsprechenden **Karte 2** des Burgenlandkreises (Sachsen-Anhalt) verdeutlicht die Bedeutung der Siedlungsstruktur eines Landkreises. Dort gibt es im Unterschied zum

Landkreis Wolfenbüttel, der lediglich ein Mittelzentrum und ansonsten acht deutlich kleinere, auf mehrere Ortsteile verteilte (Samt-)gemeinden aufweist, mit Naumburg, Zeitz und Weißenfels drei Orte im Landkreis mit mittelzentraler Funktion, die auch eine entsprechende Infrastruktur aufweisen. Die Karte zeigt, dass es wie im Landkreis Wolfenbüttel auch im Burgenlandkreis Orte gibt, von denen aus das nächste Grund- oder Mittelzentrum nur schwer, also mit dem PKW nicht innerhalb von 15 Minuten, zu erreichen ist. Sie zeigt aber auch, dass in diesen Orten entweder gar keine oder nur wenige Geflüchtete untergebracht sind: Zum Jahresbeginn 2017 waren 86 % der Geflüchteten in den Mittelzentren untergebracht und lediglich 14 % in kleineren Orten im Landkreis.

Karte 2: Erreichbarkeit und Anzahl der untergebrachten Geflüchteten auf die kreiseigenen Gemeinden im Burgenlandkreis



Quelle: Stabsstelle Sozialplanung (2017), Landratsamt Burgenlandkreis, Entwicklung der Migration und Integration im Burgenlandkreis, Naumburg, Stand 1/2017, Burgenlandkreis. Karte und Erreichbarkeitsberechnungen: Dr. Stefan Neumeier, Thünen-Institut für Ländliche Räume.

Bürgerschaftliches Engagement und Willkommenskultur

Kreisweit gibt es im Landkreis Wolfenbüttel bislang ganz überwiegend ein großes zivilgesellschaftliches und politisches Engagement für die "Willkommenskultur“, für Teilhabemöglichkeiten und Bleibeperspektiven. In einigen Gemeinden gibt es durchaus auch skeptische und ablehnende Stimmen, die aber nicht die Meinungsführerschaft haben. Räumliche Nähe zwischen „alteinge-

sessener“ Bevölkerung und Geflüchteten, soziale Übersichtlichkeit und nahezu kreisweit geschaffene Gelegenheiten zu Begegnungen erleichtern Kontakte und schaffen Möglichkeiten der Teilhabe. Das ausgeprägte bürgerschaftliche Engagement in der Flüchtlingshilfe sowie Teilnahmeangebote in Vereinen, der Freiwilligen Feuerwehr oder den Kirchengemeinden schaffen hierfür die Grundlage und bieten Anlaufstellen. Inwiefern hohe Anpassungserwartungen und das vermeintlich hohe Maß an sozialer Kontrolle in ländlichen Gesellschaften als Integrationsbarrieren wirken können, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden. Das Asylverfahren ist bei der Mehrzahl der Geflüchteten im Kreis noch nicht abgeschlossen, mit der Folge, dass der Landkreis erst langsam aus dem Flüchtlingshilfemodus in einen Integrationsmodus umschaltet (vgl. Rahmenkonzept Flüchtlingshilfe Landkreis Wolfenbüttel und aktueller Stand, September 2016).

Kommunale Steuerung und Integrationsstrukturen

Das Ausmaß der flüchtlingsbezogenen Aktivitäten sowie deren kommunale Steuerung und Koordinierung sind in der Kreisstadt Wolfenbüttel und den kleineren Gemeinden sehr unterschiedlich. Ursachen dafür sind Unterschiede in Größe, Finanzkraft, Siedlungsstruktur und unterschiedlichen Erfahrungen mit Migration und Integration. Während die Stadt Wolfenbüttel bereits seit einigen Jahren eine Stabsstelle Migration innerhalb der Stadtverwaltung etabliert hat, die direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist und bereits vor einigen Jahren ein Migrationskonzept formuliert hat, mussten alle anderen Kommunen im Kreis entsprechende Strukturen erst neu aufbauen. Diese Gemeinden betreuen mit geringen Verwaltungsressourcen, die teilweise durch Haushalts-Auflagen des Landes begrenzt werden, bei geringer interkultureller Erfahrung und Ausstattung häufig sehr heterogene Gruppen von Geflüchteten, die zudem teilweise weit voneinander entfernt in verschiedenen Ortsteilen untergebracht sind. Die kleineren Kommunen im Landkreis bedürften daher besonders Unterstützung von außen, etwa von der Landkreisverwaltung oder den Wohlfahrtsverbänden. Allerdings hat die Kreisstadt Wolfenbüttel auch hier Standortvorteile, weil sich dort alle Einrichtungen befinden und beispielsweise auch am „runden Tisch Flüchtlingshilfe“ der Stadt teilnehmen. Diese strukturellen Defizite können das starke ehrenamtliche Engagement, häufig in Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, die im gesamten Kreis Wolfenbüttel eine wichtige Funktion haben, nur teilweise ausgleichen. Insgesamt stößt die mobile Betreuung der Geflüchteten in Flächengemeinden, wie etwa der Samtgemeinde Elm-Asse oder der Samtgemeinde Baddeckenstedt, an Grenzen. Trotz großen Engagements sind diese Gemeinden nicht in der Lage, vergleichbare und ähnlich differenzierte Angebote der Teilhabe, Bildung und Betreuung wie die Kreisstadt Wolfenbüttel anzubieten. Hinzu kommt, dass die soziale Betreuung von Geflüchteten, über die Leistungen der Unterbringung und Auszahlung von Finanzmitteln nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hinaus, nicht zu den gesetzlichen Aufgaben der Kommune zählt. Die Vereinbarung zwischen Landkreis und Kommunen, die vorsieht, dass Letztere ein nicht weiter spezifiziertes Unterstützungssystem für Asylbewerber aufbauen sollen, endet, sobald das Asylverfahren mit der Anerkennung beschieden ist und dann ein Rechtskreiswechsel zum SGB II in der Zuständigkeit des Jobcenters stattfindet. Daraus entsteht die paradoxe Situation, dass sich mit der Anerkennung zwar die Bleibeperspektive der Flüchtlinge verbessert, gleichzeitig aber die Zuständigkeit der Gemeindeverwaltung für die Betreuung vor Ort endet und die Verantwortung auf das Jobcenter mit Sitz in Wolfenbüttel übergeht.

Macher(innen) machen den Unterschied

Im ganzen Landkreis haben es die lokalen Meinungsführer verstanden, ihre positive Haltung zur Flüchtlingshilfe und Integration proaktiv zu kommunizieren und so zu einem nahezu kreisweit positiven Integrationsklima beizutragen. Dennoch unterscheiden sich die Flüchtlingshilfe und die ersten Integrationsschritte im Landkreis Wolfenbüttel. So sind Ausmaß und Nutzung der angebotenen Sprach- und Integrationskurse ebenso unterschiedlich, wie die Bemühungen, den Geflüchteten erste Zugänge zur Arbeitsintegration zu eröffnen. Diese Unterschiede haben allerdings bislang nach unserer Einschätzung nur teilweise strukturelle Hintergründe. Sie dürften in erster Linie auf die Tätigkeit und das Engagement einzelner besonders erfolgreicher Macher(innen) in Politik, Verwaltung und Ehrenamt zurückzuführen sein.

Insgesamt haben sich in der Pilotstudie zur Integration von Geflüchteten im Landkreis Wolfenbüttel viele der aus früheren wissenschaftlichen Studien bekannten Vor- und Nachteile ländlicher Landkreise bestätigt. Neu an der gewählten Vorgehensweise gegenüber bisherigen Studien war, dass der gesamte Landkreis Wolfenbüttel mit allen seinen kreiseigenen Gemeinden untersucht wurde, und sich daraus ein differenziertes und heterogenes Bild ergab. Im Vergleich zwischen der Kreisstadt Wolfenbüttel mit mittelzentraler Funktion und insbesondere den peripher gelegenen Gemeinden im Landkreis haben Letztere in einigen Bereichen schwierigere Ausgangsbedingungen für die Integration von Geflüchteten: Geringe Siedlungsdichte, große räumliche Entfernungen, die ohne Kfz schwer überbrückt werden können, eine geringe Anzahl von bereits zugewanderten Ansprechpartnern aus dem eigenen Sprachraum, die Brücken in die Aufnahmegesellschaft bauen können, verbinden sich mit geringen Verwaltungskapazitäten, die zudem wenig Erfahrung mit Migration aufweisen. Auf der anderen Seite gibt es in diesen Gemeinden einen leichteren Zugang zu Wohnraum, finden sich lokale Überschaubarkeit und Nähe sowie eine teilweise sehr ausgeprägte Hilfsbereitschaft gegenüber den neuen Nachbarn. Diese Aktivitäten erleichtern im Vergleich zu Notunterkünften in Großstädten zweifellos den ersten Einstieg in die Aufnahmegesellschaft. Wird die Integration allerdings als Langfristaufgabe und Langfristprozess verstanden, der sich an die unmittelbare Flüchtlingshilfe anschließt, so sind die Mittelstadt Wolfenbüttel und teilweise auch die kreiseigenen Gemeinden im Speckgürtel von Braunschweig und Wolfsburg im Vergleich zu den peripherer gelegenen Gemeinden im Landkreis deutlich im Vorteil, weil sie einen leichteren Zugang zu differenzierten Angeboten im Bereich der Bildung, inklusive Spracherwerb, und im Bereich der Arbeitsintegration, d. h. zu Institution der Arbeitsvermittlung und zu Unternehmen, versprechen.

5 Fazit und Ausblick auf Forschungsherausforderungen

Integration findet vor Ort statt, ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der ländliche Regionen wichtige Beiträge leisten können. Sie können eine Bleibeperspektive für Zuwanderer bieten, umgekehrt kann Zuwanderungsmanagement als Entwicklungsstrategie helfen, negative Folgen des demografischen Wandels abzumildern. Aber: Die Potenziale ländlicher Räume zur Integration von Geflüchteten und die damit verbundenen Entwicklungschancen unterscheiden

sich entsprechend der Heterogenität ländlicher Räume in Deutschland erheblich. Es erscheint fraglich, ob Flüchtlings-Migration tatsächlich, wie von Teilen der öffentlichen Diskussion unterstellt, dazu beitragen kann, die Nachteile strukturschwächerer ländlicher Räume wie Abwanderung und Schrumpfung wird ausgleichen können. Vielmehr dürften die Stärken und Schwächen ländlicher Räume durch Flüchtlings-Migration eher noch deutlicher zum Vorschein kommen. Integrationspotenziale und -chancen hängen von Infrastruktur und Erreichbarkeit, vom Arbeitsplatzangebot, von einer aktiven und koordinierten Integrationspolitik und ganz besonders von einer positiven Grundhaltung der Aufnahmegesellschaft und der dortigen Meinungsführer ab. Auch die Größe einer Kommune ist relevant: Wenn man Integration als eine Langfristaufgabe mit Bildung und Arbeit als zentralen Handlungsfeldern ansieht, dann weisen Kommunen mit mittelzentraler Funktion und der entsprechenden Infrastruktur erheblich bessere Ausgangsbedingungen auf als kleine Gemeinden.

Allerdings verändern diese ersten Forschungsergebnisse nicht die oben ausgeführte Aussage, dass Migrations- und Integrationsforschung in Deutschland in Bezug auf die räumliche Dimension noch erhebliche Lücken aufweist. Wichtige Fragen bzw. zukünftige Herausforderungen in diesem Zusammenhang aus unserer Sicht seien abschließend in Frageform aufgelistet:

- Wie können kleinräumige, möglichst aktuelle Verbleib- bzw. Binnenwanderungsdaten für die Forschung verfügbar gemacht werden?
- Wie können wir über deskriptive lokale Politikfeldanalysen und Fallstudienevidenz hinauskommen?
- Wie lassen sich lokale/regionale Varianzen räumlich differenziert erfassen und systematisch vergleichen?
- Wie könnte(n) Integration(sfortschritte) empirisch erfasst werden?
- Wie können wir die Sicht der Geflüchteten auf ländliche Räume empirisch untersuchen?

Literaturverzeichnis

Alisch M, May M (Hrsg.) (2011) Integrationspotenziale in kleinen Städten – Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern Bd 6. Opladen, Farmington Hills

Aumüller J, Gesemann F (2016) Flüchtlinge aufs Land? Migration und Integration im ländlichen Raum. Aus Politik und Zeitgeschichte. (66), Nr. 46-47, S. 29-34

Böttcher K (2016) Integrationspotenziale und Ehrenamt in ländlichen Räumen. KommP spezial 3, S. 139-141

BMEL - Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), 2016: Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume 2016 http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaeume/Regierungsbericht-Laendliche-Raeume-2016.html

Bolte C, Kirchhoff G (2015) Migration und Integration im ländlichen Raum. https://www.schader-stiftung.de/themen/vielfalt-und-integration/fokus/zuwanderung-im-laendlichen-raum/artikel/migration-und-integration-im-laendlichen-raum/

empirica (2015a) Familien aufs Land! Warum wir die Flüchtlinge im Leerstand unterbringen sollten und wie das funktionieren könnte. empirica Paper Nr. 228

empirica (2015b) Familien aufs Land! Flüchtlinge kommen überwiegend als Familien und die sind in der Kleinstadt schneller integrierbar – der Staat muss deswegen lenkend eingreifen. empirica Paper Nr. 230

empirica (2016) Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland – Vorschlag für eine nachhaltige regionale Verteilung. Endbericht. http://www.empirica-institut.de/thema/wirtschafts-und-sozialforschung/handlungskonzept-fluechtlinge/ (zitiert am 15.04.2016)

Küpper P (2016) Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 40 p, Thünen Working Paper 68. https://www.thuenen.de/de/infothek/publikationen/thuenen-working-paper/

Landkreis Wolfenbüttel (2016) Rahmenkonzept Flüchtlingshilfe im Landkreis Wolfenbüttel und aktueller Stand. Fortschreibung August 2016, beschlossen vom Kreistag am 17.10.2016

Plankl R, Neumeier S, Osigus T, Küpper P, Mehl P (2016) Indikatoren und Karten zur Darstellung von Potenzialen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen auf Landkreisebene. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 77 p, Thünen Working Paper 59. https://www.thuenen.de/de/infothek/publikationen/thuenen-working-paper/

Schammann H, Kühn B (2016) Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. library.fes.de/pdf-files/wiso/12763.pdf

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011) Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts, Darmstadt

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2014) Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen - Ein Handbuch für Kommunen. Schader-Stiftung, Darmstadt. 2014

Siegert A, Ketzmerick T, Ohliger R (2015) „anKommen – willKommen“ Menschen gewinnen, Migration ermöglichen, demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt gestalten – Handbuch, Halle (Saale)

SVR – Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen für Integration und Migration (2016) Ankommen und Bleiben – Wohnsitzauflage als integrationsfördernde Maßnahme? http://www.svr-migration.de/publikationen/wohnsitzauflage/